

Vorlage Nr.: 2024/1357

Eingang: 26.11.2024

## Inanspruchnahme der Sozialpässe erhöhen und vereinfachen

Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	21.01.2025	10	Ö	Kenntnisnahme
Jugendhilfeausschuss	19.02.2025		Ö	Behandlung

1. Die Verwaltung arbeitet künftig aktiv darauf hin, dass möglichst alle berechtigten Familien die Möglichkeiten der Sozialpässen nutzen.
  - a) Bei Gelegenheiten, bei denen die Einkommensverhältnisse von Familien der Verwaltung bekannt werden (z.B. bei Beantragung von Zuschüssen zur Kinderbetreuung), wird die Berechtigungsstufe des Karlsruher Passes künftig möglichst verwaltungsarm mitgeprüft. Die Familien werden automatisch und aktiv auf die Möglichkeit einer Beantragung des Karlsruher Passes hingewiesen.
  - b) Die Stadt prüft, ob auch ein Hinweis auf die Sozialpässe im standardisierten Anschreiben (nicht nur als Beilage in den Begrüßungsmappen) an Familien nach der Geburt eines Kindes möglich und sinnvoll ist.
  - c) Die Verwaltung prüft, ob eine Kooperation mit den Karlsruher Schulen möglich ist, um eine automatische Ausgabe des Flyers für den Karlsruher Pass bei der Anmeldung für die Grund- oder weiterführende Schule zu erreichen.
2. Die Stadt ergreift Maßnahmen, um das Antragsverfahren für die Sozialpässe möglichst zu vereinfachen und weiter auszubauen:
  - a) Sowohl die Erstbeantragung als auch die Verlängerung eines Passes soll weiterhin zusätzlich auch über das Jugendfreizeit- und Bildungswerk (jfbw) des Stadtjugendausschusses sichergestellt sein.
  - b) Die Beantragung auf dem digitalen Weg wird vereinfacht und ausgebaut, z.B. durch die Bereitstellung der Karlsruher-Pass-Webseite in weiteren Sprachen und in Leichter Sprache sowie eine Antragsmöglichkeit in der Karlsruhe.App.
3. Die Verwaltung prüft zudem, inwieweit auch benachbarte Leistungen (z.B. Wohngeld oder Leistungen für Bildung und Teilhabe) künftig automatisch mit angeboten werden können.

### Begründung/Sachverhalt

Der Karlsruher Kinderpass hat sich in den vergangenen Jahren als gutes Instrument für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Armutslagen bewährt. Gleichzeitig bleiben die Nutzungszahlen hinter denen der Anspruchsberechtigten zurück.

Deshalb soll geprüft werden, wie die Information über die Pässe und die Antragsstellung vereinfacht werden kann.

Immer dann, wenn Familien bei der Verwaltung ihre Einkommensverhältnisse offenlegen, wird auch geprüft, ob Anspruch auf erweiterte Leistungen des Karlsruher Familienpasses besteht. Dies geschieht bspw. bei der Beantragung des Zuschusses für Kita-Gebühren.

Denkbar wären eine Information und Ausgabe dort, wo das Einkommen sowieso schon offengelegt wird. Dadurch wäre ein Datenaustausch nicht notwendig.

Anschreiben nach der Geburt: damit würden auch Eltern von kleineren Kindern erreicht werden, nicht erst beim Kitaeintritt. Es liegt den Begrüßungsmappen zur Geburt zwar ein Infoblatt bei, aber im Anschreiben der Stadt zur Geburt wird nicht auf die Sozialpässe hingewiesen

Unterzeichnet von:

Verena Anlauf

Benjamin Bauer

Jorinda Fahringer

Dr. Iris Sardarabady